



**DACHVERBAND DER UKRAINISCHEN
ORGANISATIONEN IN
DEUTSCHLAND E.V.**

**ОБ'ЄДНАННЯ УКРАЇНСЬКИХ
ОРГАНІЗАЦІЙ У НІМЕЧЧИНІ**

Postfach 10 04 28
D-80078 München
Telefon: 49 176 985 056 59
E-Mail: info@dach-ukraine.de
www.dach-ukraine.de

Dachverband der Ukrainischen Organisationen in Deutschland e.V.
Postfach 10 04 28 • D-80078 München

18. Oktober 2020

Stellungnahme des Dachverbandes der Ukrainischen Organisationen in Deutschland e.V. bezüglich der Anerkennung des Holodomor als Genozid vor dem Hintergrund der Deutsch-Russischen Beziehungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der aktuellen Diskussion um die Anerkennung des Holodomor als Genozid sehen wir uns als Dachverband der Ukrainischen Organisationen in Deutschland zu einer Stellungnahme verpflichtet.

Selbst für nicht-engagierte Experten, die sich mit dem Thema Holodomor auseinandersetzen, ist zwischenzeitlich offensichtlich, dass er kein unbeabsichtigtes Nebenprodukt bei der Reformierung der sowjetischen Wirtschaft war. Zwar kam es auch in einigen anderen Regionen der Sowjetunion zu ähnlichen Tragödien, jedoch hatte der ukrainische Holodomor eine ganz besonders perfide, verbrecherische Qualität. In den deutschen Archiven findet sich ausreichend Korrespondenzmaterial der deutschen Konsulate, mit deren Hilfe Umfang und politische Stoßrichtung des Holodomor erkennbar wird. Deutschland führte, wohlwissend, was zu dieser Zeit in der Ukraine geschah, Getreide aus der Sowjetunion ein und zog somit unmittelbar Nutzen aus der Situation.

„Die Lage in der Ukraine ist schlecht... Wenn wir jetzt nicht handeln, könnten wir die Ukraine verlieren.“ schrieb Stalin noch im August 1932. Der Holodomor war nicht zuletzt das Resultat eines tiefsitzenden Misstrauens des Sowjetführers gegenüber den Ukrainern, ihren immer wieder aufkeimenden Unabhängigkeitsbestrebungen und ihrem Hang zu Revolten. Der Prozess der politischen Nationsbildung wurde infolgedessen unterbrochen und um Jahrzehnte zurückgeworfen.

Aber nicht nur historische Tatsachen spielen eine Rolle. Wir sehen uns auch veranlasst, einen aktuellen politischen Kontext herzustellen. Zwar handelt es sich beim Holodomor um ein verabscheuungswürdiges Verbrechen der Geschichte, welches etwa 87 Jahre zurückliegt und dessen Verursacher – die Sowjetunion – heute nicht mehr existiert, jedoch hatte Russland bewusst entschieden, das totalitäre Erbe zu übernehmen und versucht dabei bis heute dieses und andere Verbrechen zu rechtfertigen oder „Nebelkerzen zu zünden“ – eine Politik, die sich auch in vielen aktuellen, tagespolitischen Themen widerspiegelt.

Man muss wahrlich kein Geschichtsdozent sein, um dies zu erkennen:

- Die Fortführung der sowjetischen Liquidierungspolitik von politischen Gegnern wie etwa Politzkowskaja, Litwinenko, Beresowsky, Skripal oder Nawalny und anderen,
- die jahrzehntelange Leugnung und heutige Neuinterpretation des Molotow-Ribbentrop Paktes durch den Kreml,
- die Beschuldigung Polens, für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verantwortlich zu sein,
- der eindeutige Versuch, Geschichte als Mittel der Politik zu nutzen (darauf deutet auch die kürzlich publizierte geschichtliche Abhandlung des russischen Kremlchefs hin),
- ein absolutes Fehlen von Schuldbewusstsein und andauernde Versuche, die Verbrechen des Sowjetkommunismus mit der Rolle der Roten Armee beim Sieg über Nazi-Deutschland aufzurechnen,
- ein ungesundes, gesteigertes Interesse Russlands daran, die Ukraine und andere, frühere Satellitenstaaten, der Kollaboration mit dem Nazi-Regime während des Zweiten Weltkrieges zu beschuldigen und auch in der Tagespolitik mit „Faschismus-Vorwürfen“ zu operieren,
- der Versuch, über das Holocaust-Thema politisch Einfluss zu nehmen und die Opferrolle Russlands und der Sowjetunion zu betonen (wie etwa im Zusammenhang mit Babyn Jar),
- die fortwährende Tradition heutzutage völlig unangebrachter Siegesparaden im Stil der Inszenierungen des Dritten Reiches,
- die Nutzung des Exports von Energieträgern als ökonomisch-politische Waffe
- oder der Versuch, unter Einbeziehung europäischer – darunter deutscher – Partner, eine Diskussion über eine „neue ukrainische Identität“ (Münchener Sicherheitskonferenz) in Gang zu setzen.

"Macht die Russische Föderation für meinen Tod verantwortlich." schrieb die russische Journalistin und Philologin Irina Slawina, die zuletzt wegen eines kritischen Facebook-Artikels anlässlich der Eröffnung einer Gedenktafel für Josef Stalin, einen der größten Verbrecher der Menschheitsgeschichte und Verantwortlichen für die Durchführung des Holodomor, zu einem hohen Bußgeld verurteilt worden war, kurz bevor sie sich aus Protest selbst verbrannte.

«Und wenn morgen meine Sprache verschwindet, bin ich bereit, heute zu sterben.» Vor fast genau einem Jahr hatte sich der russisch-udmurtische Wissenschaftler und Philosoph Albert Rasin aus Protest ebenfalls zu diesem drastischen Schritt entschlossen. Eine Verzweiflungstat gegen eine Assimilierungspolitik, die der Schöpfer des Begriffs „Genozid“, Raphael Lemkin, ursprünglich auch als Merkmal eines Genozids definiert hatte.

Im Zusammenhang mit der Nawalny-Vergiftung hat die Bundesregierung erstmals ohne die üblichen verharmlosenden diplomatischen Formulierungen klar Position ergriffen. Der ukrainische Dachverband vertritt die Ansicht, dass die Bundesregierung und das Parlament genauso konsequent auch im Fall der Anerkennung des Holodomor als Genozid handeln und ihre ablehnende Haltung aufgeben sollten.

Es ist offensichtlich, dass eine Anerkennung für die politischen Verantwortungsträger in Deutschland mehr als nur ein symbolischer Akt ist, der ein geschichtliches Ereignis der Vergangenheit betrifft. Wir erlauben uns daher, Sie daran erinnern, dass sich der deutsche Bundestag etwa im Zusammenhang mit der Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern, sehr wohl dazu durchringen konnte, politische Bedenken, welche die Beziehungen zur Türkei betrafen, beiseite zu legen. Die Anerkennung des armenischen Genozids ist daher auch als politischer Schritt zu begreifen, zu dem sich die Bundesregierung und das Parlament nun auch im Falle des Holodomor veranlasst sehen sollten.

In erster Linie jedoch sollte Deutschland den Holodomor als Genozid anerkennen, weil es sich tatsächlich um Völkermord der übelsten Art handelte. 18 Staaten haben dies zwischenzeitlich getan und dabei ähnliche Fragen gestellt und Zweifel geäußert wie die politisch Verantwortlichen in Deutschland. Gerade Deutschland in seiner moralischen Rolle als Mahner vor totalitaristischen Tendenzen und als Motor der europäischen Vereinigung sollte nicht länger zögern und begreifen, dass eine ablehnende Haltung in dieser Frage die Russische Föderation, welche seit 2014 einen Krieg gegen die Ukraine führt, nur weiter in ihrer Überzeugung der eigenen Straflosigkeit bestätigen wird. Dabei geht es auch nicht um die Frage, ob der Holodomor 4, 6 oder 10 Millionen Opfer forderte.

Am 24. September 2020 fand ein von der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission organisiertes Webinar mit dem umstrittenen Titel „*War der Holodomor ein Genozid?*“ statt. An dem Webinar nahmen von deutscher Seite leider keine Historiker teil, welche diese Thematik erforschen. Jedoch waren es Aussagen der international renommierten Experten Andrea Graziosi und Daria Mattingli, die bestätigten, dass der Holodomor als Genozid klassifiziert werden kann. Desweiteren vertrat auch die gesamte ukrainische Seite der Kommission diese Ansicht, obwohl sie sich aus Gründen der politischen Zurückhaltung bisher nicht öffentlich dazu geäußert hatte.

Leider war der Titel des Webinars sehr unglücklich gewählt. Denn für Ukrainer kommt eine solche Formulierung der Missachtung einer nationalen Tragödie gleich. Wir weisen mit Nachdruck auf die Art und Weise dieses Völkermordes und insbesondere seine Form hin. Dem ukrainischen Dorf wurde nicht „einfach nur“ die Nahrung entzogen, vielmehr war dies eine zynische und sadistische Art der Tötung. Mütter und Väter waren gezwungen, hilflos zuzusehen, wie ihre Kinder verhungerten, ohne etwas tun zu können. In anderen Fällen waren es Kinder, die ihren Eltern beim Sterben zusahen. Die Gesellschaft wurde schwer traumatisiert und diese Traumata wirkten sich auf die nachfolgenden Generationen aus, mit Folgen bis in die heutige Zeit, auf sozialer wie politischer Ebene. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es für die ukrainische Nation sehr schmerzhaft ist, wenn der Holodomor als Genozid infrage gestellt wird. Leider ist eine derartige Tragödie für diejenigen kaum zu begreifen, deren Volk eine solche Heimsuchung nicht durchlitten hat.

Mit jeder Verurteilung und Benennung solcher Tragödien kann dazu beigetragen werden, dass es für autoritäre Diktatoren schwieriger wird, Verbrechen dieses Ausmaßes zu begehen. Die Welt muss die Gesichter der Organisatoren dieser Verbrechen kennen, und weder wirtschaftliche Interessen noch Vorteile dürfen als Rechtfertigung einer Ablehnung herhalten.

Bei der Anerkennung handelt es sich in erster Linie um eine Frage des politischen Willens. Die immer wieder geäußerten Zweifel, ob es sich beim Holodomor tatsächlich um einen Genozid oder vielleicht doch eher um einen Soziozid handelt, oder die Tatsache, dass auch andere Volksgruppen, wie beispielsweise die deutsche, ebenfalls betroffen waren, sind letzten Endes nur zaghafte Versuche, weiter in einer komfortablen Position verbleiben und sich einer klaren Stellungnahme entziehen zu können. Die Frage der Anerkennung sollte daher nicht mit deutschen Wirtschaftsinteressen verknüpft werden und auch nicht mit der deutschen „Angst“ vor Reparationszahlungen.

Wir erinnern daran, dass die Ukraine sich Anfang der 90er Jahre ihres Atomwaffenpotentials im Interesse der europäischen Sicherheit entledigt und dafür auch keine nennenswerten Kompensationen erhalten hatte. Stattdessen sollte das Budapester Memorandum Sicherheit für die Ukraine garantieren.

Der ukrainische Dachverband fordert daher insbesondere die deutsche Bundesregierung und das Parlament dazu auf, ihre ablehnende Haltung aufzugeben und neben dem Ziel der Aufarbeitung europäischer Geschichte auch die politische Chance, die eine Anerkennung durch die Bundesrepublik Deutschland bietet, zu begreifen. Nutzen Sie die Chance, ein neues Kapitel der deutsch-ukrainischen Beziehungen aufzuschlagen und machen Sie sich selbst ein Bild, indem Sie das ukrainische Holodomor-Museum in Kyjiw besuchen und dort mit Experten sprechen, die das Thema seit vielen Jahren erforschen. Dabei sind auch wir gerne bereit, unterstützend tätig zu werden.



Rostyslav Sukennyk

Vorsitzender des Dachverbandes der Ukrainischen Organisationen in Deutschland e.V.